

Was bisher geschah

Die Zahl der Flüchtlinge ist zuletzt deutlich gesunken. Auch weil die Ampel zahlreiche Maßnahmen zur Verschärfung der Asylpolitik umgesetzt hat – und die EU die Außengrenzen besser schützt **VON MARK SCHIERITZ**

351.915
Asylanträge 2023

250.945
Asylanträge 2024

28 Prozent
Rückgang

Die Ampel hat eine ganze Reihe von Verschärfungen beim Umgang mit Flüchtlingen und Migranten auf den Weg gebracht. So sind seit September Kontrollen an allen deutschen Landesgrenzen möglich. Im vergangenen Februar wurde zudem ein Gesetz beschlossen, das Abschiebungen erleichtert. Es ermöglicht unter anderem die Durchsuchung von Wohnungen und Gemeinschaftsunterkünften und sieht Sozialkürzungen für Asylbewerber vor. Die Regierung hat überdies einer Reform der europäischen Asylgesetze zugestimmt, die die Errichtung von Auffanglagern an den europäischen Außengrenzen vorsieht.

Unstrittig ist auch: Die Asylzahlen sind in den vergangenen Monaten deutlich gesunken. 2024 wurden in Deutschland 250.945 Asylanträge ein-

gereicht, knapp 30 Prozent weniger als 2023 und in etwa so viele wie im Durchschnitt der sieben Jahre seit dem Ende der Flüchtlingskrise 2015 und 2016.

Nicht eindeutig zu beantworten ist die Frage nach den Ursachen des Rückgangs. Nach Angaben des Innenministeriums wurden an den deutschen Grenzen 40.000 Personen zurückgewiesen. Das ist bereits heute möglich, wenn Einreisewillige ohne gültige Reisedokumente beim Grenzübertritt nach Deutschland keinen Asylantrag stellen (wenn sie das tun, muss ihr Asylgesuch geprüft werden, was Merz ändern will).

Allerdings kommen auch weniger Flüchtlinge an den deutschen Grenzen an als in den Jahren zuvor. Nach Angaben der europäischen Grenzschutzagentur Frontex ist die Zahl der irregulären Übertritte an den europäischen Außengrenzen im vergangenen Jahr um 39 Prozent im Vergleich

zum Vorjahr gefallen. Damit wurde das niedrigste Niveau seit 2021 erreicht.

Über die Gründe macht die Agentur keine Angaben. Sie teilt aber mit, dass sich vor allem in Tunesien und Libyen weniger Menschen auf den Weg nach Europa machten. Eine Rolle könnte dabei gespielt haben, dass die EU Abkommen mit den beiden Ländern geschlossen hat, in denen diese sich verpflichten, stärker gegen illegale Migration vorzugehen. Eine Schlüsselrolle spielte dabei Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, die sich auf nationaler und europäischer Ebene für eine restriktivere Flüchtlingspolitik einsetzt.

Gestiegen ist zuletzt auch die Zahl der Abschiebungen. Zwischen Januar und November 2024 wurden 18.384 Menschen abgeschoben, das sind 21 Prozent mehr als im Vorjahrszeitraum. In Deutschland leben rund 43.000 unmittelbar Aus-

reisepflichtige. Ungefähr 180.000 weitere Ausländer müssten das Land eigentlich verlassen, werden aber aus unterschiedlichen Gründen geduldet.

Welche Auswirkungen pauschale Zurückweisung an den Grenzen, wie CDU-Chef Friedrich Merz sie fordert, auf die Migrationszahlen hätten, ist umstritten. Es käme etwa darauf an, ob die Polizei über genug Personal verfügt, um den Grenzschutz tatsächlich zu gewährleisten, und wie die Nachbarländer Deutschlands reagieren. In Teilen der Ampel war eine solche Maßnahme bereits nach dem Attentat von Solingen erwogen worden. Das damals noch von der FDP geführte Justizministerium und das Innenministerium waren aber zu dem Schluss gekommen, dass dies gegen europäisches Recht verstoßen würde. Endgültig feststellen kann das aber nur der Europäische Gerichtshof.

Abschiebungen 2023
15.193

Abschiebungen 2024
18.384

21 Prozent
Anstieg